



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/75 - 29.3.1956

Hinweise
auf der Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 21-33
Fernschreiber 089 890

Kampfansage an die Kirche in der SBZ	S. 1
Marokko-Tunis decken Algeriens Forderungen	S. 3
Schmeisser-Prozess Teil II	S. 5
Zu einer kommunistischen Buchveröffentlichung	S. 6
Strauss' Suche nach "zuverlässigen Kräften"	S. 7

Kein Platz für Gott

KJ. Die III. Parteikonferenz der SED hat bestätigt, was sich schon seit geraumer Zeit immer mehr abzeichnete: der Kampf gegen die Kirchen wird zu einem Hauptprogrammpunkt der Kommunisten. Auf die kürzeste Formel brachte das der Chef für "Wissenschaften und Propaganda" des ZK der SED, Kurt Hager, mit der lakonischen Feststellung: "Da die Welt eine materielle Einheit ist, gibt es auf ihr keinen Platz für einen Gott." Künftig werde man alles daran setzen, die wissenschaftlich-atheistische Propaganda zu verstärken. Und der 1. Vorsitzende des Bezirks Leipzig, Fröhlich, sagte, dass es ein Nebeneinanderbestehen von "sozialistischer Ideologie einerseits und Aberglauben andererseits" nicht geben kann. In besonderen Parteilehrgängen werde man das den Mitgliedern restlos klarmachen.

Wäre die SED nicht die alleinschlagende Staatspartei, hätte sie immer - auch in demokratischer Sicht - das Recht der Parteien, den Atheismus zu predigen. Das hat es schon früher gegeben, und die Kirchen sind daran nicht gestorben. Wenn aber eine Staatsdiktatur wie die von Pankow den Atheismus zum Programm erhebt, sieht es anders aus. Weiss man doch, welche Konsequenzen die Angriffe haben werden, die sich so vorstellen: "Die Kirchenleitungen in Dresden haben Kundgebungen gegen den Friedenskampf veranstaltet" und "Gewisse Bischöfe und Kirchenkreise predigen im Auftrage des Westens die NATO-Politik von der Kanzel herab." Nach SED-Fröhlich haben sie sogar zum aktiven Kampf gegen die "Volkspolizei und die Staatsorgane der DDR" aufgerufen.

Wem solches vorgeworfen wird, der darf sich nicht lange mehr - 2 -

seiner Freiheit erfreuen, das Lehren die Erfahrungen zur genüge. Und wenn diese Angriffe noch von hochoffizieller Seite kommen - ein SED-Kongress hat mehr zu sagen, als alle Minister zusammen - dann weiss man, was die Glocke geschlagen hat.

Der Kampf gegen die Kirchen fing mit der Einführung von Jugendweihen verhältnismässig harmlos an. Sie waren erst wirklich freiwillig. Im vergangenen Jahr aber wurden sie nahezu obligatorisch. Anders kann man den ausgeübten Zwang kaum nennen - hängt doch für die jungen Menschen von der Absolvierung der Jugendweihe so Wichtiges ab wie Berufsausbildung oder Studium. Nach Weisung der Pankower Regierung dürfen zum Beispiel "volkseigene Betriebe" grundsätzlich keine Lehrlinge mehr einstellen, die nicht ihre Jugendweihe hinter sich haben. Wer sich auf einer "Arbeiter- und Bauernfakultät" immatrikulieren lassen will, hat die peinliche Frage nach seinem Bekenntnis zu beantworten. Die Tatsache, dass allein in Sachsen im letzten Jahr 51 782 Gemeindeglieder aus der evangelischen Kirche ausgetreten sind, beweist mitnichten ihre Abkehr vom Glauben, sondern nur den politischen und wirtschaftlichen Druck, unter dem sie gehandelt haben. Auf diesem Hintergrund verlieren auch die beschwichtigenden Bemerkungen Grotewohls vom Mittwoch "Der Kirche, was der Kirche ist - dem Staate, was des Staates ist", zum anderen der Hinweis, die Kirche werde in der Pflege ihrer Kulthandlungen nicht begrenzt werden, viel, wenn nicht alles an Wert, zumal der Hauptteil dieses Abschnittes seiner Ausführungen der Kritik der kirchlichen Betätigung in der Zone gewidmet war.

Vermutlich wird jetzt auch bald Schluss sein mit dem Liebeswerben um "fortschrittliche Pfarrer". Bisher war es noch so, dass die SED jenen Geistlichen höhere Gehälter versprach, die sich von ihrer überzonalen Kirchenleitung lösen würden - zumal von dem "Reaktionär Eibelius". Die Hausbesuche der Funktionäre bei den Pfarrern und deren Einladungen zu Empfängen in "privatem Kreis" werden künftig nicht mehr sehr wichtig sein. Man muss kein Prophet sein, um voraussagen zu können, dass die Anklagen gegen evangelische Bahnhofsmissionen wegen "Spionage" bald ihre Fortsetzung in Prozessen gegen Geistliche haben werden.

Die Richtung, die zu erwarten ist, haben die beiden zitierten Sprecher gewiesen: Für Gott gibt es nach dem SED-Kongress keinen Platz mehr. Das muss sich auf die Kirchen auswirken. Wenn Pankow auch getreu dem Moskauer Vorbild die "friedliche Koexistenz mit anderen Staaten" auf seine Fahne mit den gebundenen Händen geschrieben hat - im eigenen Hause hat die Ko-Existenz mit anderen Ideologien nichts zu suchen.

* * *

Dank vom Haus Mohammed

b.v.-Paris

"Dank vom Haus Österreich", heisst es in Schillers Wallenstein. Die Franzosen haben jetzt Gelegenheit, das Zitat zu variieren: Dank vom Haus Mohammed. Sie können diese Variante des bitteren Wortes auf Marokko beziehen wie auf Tunesien, wobei freilich die Frage zu beantworten bliebe, ob diese beiden, soeben unabhängig gewordenen Staaten Frankreich zu danken haben oder nicht.

Die Situation ist sehr einfach. Führende Politiker in Marokko und Tunesien stellen sich in aller Offenheit hinter die algerischen Aufständischen und fordern die Schaffung eines unabhängigen Staates Algerien. Theoretisch sind Marokko und Tunesien von Frankreich unabhängig, jedoch mit ihm "in gegenseitiger Abhängigkeit" (interdépendance) verbunden und verbündet. Die Franzosen erklären, es solle sich gefälligst jeder um seine eigenen Angelegenheiten kümmern; es sei ein Staat Marokko anerkannt worden und ein Staat Tunesien, keinesfalls jedoch eine allgemeine, nordafrikanisch-muselmanische Staatengemeinschaft. Sachlich ist diese Feststellung zweifellos vollkommen richtig und berechtigt.

In der Praxis jedoch sieht das Bild anders aus. Jedermann weiss, dass das Brodeln und Sieden, das im ganzen Vorderen Orient zu spüren ist auf das Vorhandensein panarabischer und panmuselmanischer Bewegungen zurückzuführen ist. Andererseits weiss aber auch jedermann, dass Frankreich gerade in Marokko den Wünschen der führenden Politiker beinahe hundertprozentig entsprach, weil es rechtzeitig erkannte, dass jeder weitere Widerstand nur zu unheilvollen Komplikationen führen würde. Diese Überlegung hätte jedoch Frankreich nicht dazu verpflichtet, die gesamten Verhandlungen in ausgesuchthöflicher, das Mass der üblichen "diplomatischen Formen" weit übersteigender Form zu führen: dies wenigstens ist die Meinung derjenigen, die jetzt auf den Dank vom Haus Mohammed hinweisen.

Nach Auffassung der Mehrheit aller französischen Parlamentarier - offiziell sogar auch der Kommunisten - ist die algerische Frage ein Thema, das zwischen Franzosen und Algeriern zu behandeln ist, nicht aber eines, das zwischen "Nordafrikanern" und Paris diskutiert werden könnte. Tatsächlich ist die politische Stellung und Geschichte Algeriens von der Marokkos und Tunesiens grundverschieden, und keiner dieser beiden jetzt.

autonomen Staaten hatte jemals etwas mit Algerien zu tun. Offiziell ist Algerien ein Stück Frankreichs und an dieser Fiktion wird aus nationalen wie internationalen Gründen vorläufig festgehalten. Jede Rede, die ein tunesischer oder marokkanischer Politiker als Sympathiekundgebung für die Aufständischen vom Stapel lässt, ist demnach, diplomatisch gewertet, ein gegen Frankreich gerichteter Angriff.

"Die Priester des Dollar-Kultes"

Bekanntlich hat erst vor wenigen Wochen die Washingtoner Regierung verkünden lassen, sie billige die französische Politik in Nordafrika. Dennoch beantworten etliche französische Politiker die Frage, wer oder was eigentlich marokkanischen und tunesischen Parteiführern den Rücken so stärke, dass sie sich Paris gegenüber eine "recht dreiste" Sprache erlauben, mit dem Hinweis darauf, dass diese Rückenstärkung von amerikanischen Geschäftsleuten geliefert wird. Kurzum, sie meinen, das Unabhängigkeitsgefühl der Marokkaner und Tunesier werde durch den Dollar gestärkt, oder, wie ein linksbürgerliches Blatt es ausdrückte: "Die Priester des Dollar-Kultes, wie schon Stendhal sie bezeichnete, bereiten sich auf die Evangelisierung der neuen Staaten vor".

Nun haben sowohl Marokko wie Tunesien alles erhalten, was sie erhalten konnten, während Frankreich bestrebt sein muss, seine zum Teil gewaltigen Investitionen in beiden Ländern so weit wie möglich zu retten. Materiell ist demnach Frankreichs Abhängigkeit von den beiden Ex-Protectoraten grösser als die politische Abhängigkeit der beiden von Frankreich, das militärisch ausserdem in so hohem Masse in Algerien engagiert ist. Wenn es zutrifft, dass die "Priester des Dollar-Kultes" den Führern in den einstigen Protectoraten den Rücken stärken, so wäre dies also lediglich eine besondere "Zugabe".

Vorläufig herrscht im Pariser Parlament die Meinung vor, die Vermittlungsangebote marokkanischer und tunesischer Politiker strikt abzulehnen. Dies umso mehr, als sie sich oft kaum von echten Drohungen unterscheiden und daher mit dem Begriff der gegenseitigen Abhängigkeit nicht zu vereinen sind. Anscheinend besteht nicht die Absicht, aus Algerien einen Staat zu bilden, der in seiner Konstruktion und in seinem Verhältnis zu Frankreich ein Ebenbild Marokkos oder Tunesiens wäre. Dazu

scheinen zahlreiche Parlamentariern unterschiedlicher Parteien die Erfahrungen zu wenig verlockend, die bisher im Anschluss an die Unabhängigkeits-Erklärungen der beiden Länder gemacht wurden.

* * *

Propaganda statt Klarstellung?

sp. Der fünfte Strafsenat des Bundesgerichtshofes hat das Verfahren gegen den früheren Agenten Schmeisser sowie den Herausgeber und zwei Redakteure des "Spiegels" an das Landgericht Hannover zurückverwiesen. Die Gründe für den Beschluss sind formaler Art.

Damit wird also über den Fall Schmeisser neu verhandelt und entschieden werden müssen, zumal alle Feststellungen des Urteils vom 27.9.1955 aufgehoben worden sind. Das ist zu begrüßen, da jener Prozess im Herbst vorigen Jahres völlig offen liess, was an den erhobenen Beschuldigungen gegen den Bundeskanzler Adenauer, gegen Botschafter Blankenhorn und Generalkonsul Reifferscheidt wahr ist und was nicht. Die SPD verzichtete Anfang Dezember 1955 auf eine Aussprache über ihre Grosse Anfrage zum Fall Schmeisser, obwohl sie von der Darstellung, die der Kanzler im Bundestag gab, absolut unbefriedigt war. Sie verzichtete darauf nicht zuletzt im Hinblick auf das vor Dr. Adenauer selbst angekündigte Verfahren gegen den Ministerialrat a.D. Ziebell. Damals erklärte Adenauer, gegen Ziebell sei Strafantrag gestellt worden. Das bestritt "Der Spiegel" einige Zeit später. Seitdem ist es in dieser Angelegenheit vollkommen still geworden.

Die SPD hatte damals in der Begründung ihrer Grossen Anfrage betont, sie verbinde damit keinerlei propagandistische Absichten, wohl aber gehe es ihr um die restlose Klarstellung des Sachverhaltes in dieser höchst unerfreulichen Angelegenheit. Die Nebenkläger gingen offensichtlich vom entgegengesetzten Standpunkt aus. Sie verzichteten auf Aufklärung der Öffentlichkeit, da unbestritten war, dass mit der Abgabe einer Ehrenerklärung der Angeklagten die vorgebrachten Beschuldigungen in keinem Punkt widerlegt werden waren. Andererseits hatte Adenauer im Bundestag erklärt, da der wichtigere Mann, Ziebell, noch im Hintergrund gestanden habe und das Interesse der Öffentlichkeit bei einer Verhandlung gegen diesen nicht mehr so gross sein könne, wenn vorher der Prozess gegen Schmeisser

stattgefunden (!) so sei er mit der Zurücknahme des Strafantrages einverstanden gewesen. Deutlicher kann man propagandistische Absichten kaum zugeben. Aber das Verfahren gegen Ziebell ist, wie gesagt, offenbar noch nicht eingeleitet worden.

So richtet sich die allgemeine Aufmerksamkeit von neuem nach Hannover, die der Betroffenen vielleicht in erster Linie darauf, einen besseren Weg des Ausweichens zu finden, als es jene auch formal unzulängliche Zurücknahme des Strafantrages war.

* * *

KP - Fälschung

sp. Unter dem Titel "Und die Flamme soll Euch nicht versengen" ist im Zürcher Steinberg-Verlag ein Buch erschienen, von dem der verstorbene Thomas Mann, der dazu ein Vorwort schrieb, nicht wissen konnte, dass es der kommunistischen Verfolgten-Internationale dient. Selbst Abschiedsbriefe ermordeter KZ-Häftlinge müssen zur Irreführung herhalten. Wie einseitig die Auswahl vorgenommen wurde, geht schon daraus hervor, dass in dem Abschnitt Polen und Tschechoslowakei nur Abschiedsbriefe von Kommunisten enthalten sind. Geradezu skandalös ist der Deutschland-Abschnitt des Buches. Hier werden ganze Passagen aus dem von Walter Hammer und Günther Weissenborn veröffentlichten und gewissenhaft erarbeiteten "Laublosen Aufstand" auf den Kopf gestellt, missverstanden und grob verfälscht. Die Herausgeber übernahmen z.B. die für Brandenburg geltenden Daten auf die Zuchthausanstalt und Hinrichtungsstätte Plötzensee. Die 27 deutschen Abschiedsbriefe betreffen in mindestens 18 Fällen Kommunisten; allein auf die "Rote Kapelle" kommen sieben, für Österreich ist das Verhältnis 1 : 14. Das Buch kann in keiner Hinsicht den Anspruch auf Objektivität und Allgemeingültigkeit erheben.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass sich unter dem hannoverschen Namen eines Initiativausschusses eine Vereinigung gebildet hat, die alle ehemaligen KZ-Häftlinge aus dem berichtigten KZ-Lager Sachsenhausen zusammenfassen will. Die Leitung dieses Ausschusses besteht aus Kommunisten wie Siegfrieder und Hans Demetz, deren Namen aus Farnorganisationen bekannt sind. Zweck dieser Vereinigung ist es, der kommunistischen VVN einen Ableger und ihrer Zeitschrift "Tat" neue Abonnenten zu verschaffen. Es ist wohl zu erwarten, dass sich die überlebenden Opfer

der Hitlerdiktatur, die um ihres Kampfes für Recht und Freiheit willen so Schweres an Leib und Seele erdulden mussten, nicht von den Werkzeugen einer neuen Diktatur missbrauchen lassen.

* * *

Das Widersprüchliche in Herrn Strauss

Der Atomminister Strauss plädiert in der "Politisch-Sozialen Korrespondenz" angesichts des Flusses, in den die Weltpolitik durch das russische Tauwetter geraten sei, für eine möglichst breite parlamentarische Basis einer nach den Wahlen 1957 kommenden dritten Bundesregierung, "um nicht von der roten Flut zorgeschwemmt zu werden". Die Ausschau nach "zuverlässigen Kräften" sollte schon jetzt beginnen, ohne sich an irgendeine Seite zu binden. Im Übrigen sei das schadenfrohe Gerücht, dass die Politik der Bundesrepublik in Bewegung geraten sei, nichts weiter als ein dummes Schlagwort. Diese reichlich brackenhaften Äußerungen des Atomministers finden ihre Krönung in dem Satz, es sei trügerisch, zu glauben, durch eine Änderung der ausserpolitischen Linie lasse sich die Frage der Wiedervereinigung leichter lösen.

Man sieht: Logik scheint nicht gerade die Stärke des Herrn Ministers Strauss zu sein, obwohl das Amt, das er verwaltet, so sollte man meinen, ein Höchstmass von Verstandesschärfe und gründlichen Einsichten erfordert. Wenn die Weltpolitik, was selbst Strauss zugibt, durch das russische Tauwetter in Fluss gekommen ist, wie kann sich die Bundesrepublik dann dem entziehen? Es ist ja das Besondere an der gegenwärtigen internationalen Entwicklung, dass sie scheinbar festgefugte Positionen, Fronten und Pakte in Frage stellt und die Staatsmänner zu neuen Überlegungen zwingt.

Der weltpolitische Klimawechsel fand sogar, was Strauss allerdings nicht wahrhaben will, seinen Niederschlag im Bruch der Bonner Koalition und in den Düsseldorfer Vorgängen, die zum Sturz Arnolds führten. Der Unmut gegen die Sterilität der Bonner Aussenpolitik gerade in der Frage der deutschen Wiedervereinigung wächst, er nährt jenes politische Unbehagen, das das Klima der Bundesrepublik so stark kennzeichnet. Ist die Feststellung dieses Tatbestandes schadenfrohes Gerücht? Ist es ein dummes Schlagwort? Die Kräfte und Ströme, die angesichts der um uns sich vollziehenden Veränderungen nach einer Politik grösserer Elastizität

verlangen, setzen sich nicht, wie Strauss mit erhobenen Zeigefinger sie bezeichnet, aus falschen Propheten und Abenteurern zusammen, sondern aus Männern, denen die Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes das Gesetz des Handelns diktiert. Freilich werden diese Kräfte nicht "zuverlässige Stützen" einer Politik sein, deren Erfolglosigkeit sich mit jedem Tag mehr abhebt und zu deren profiliertesten Verfechtern eben der Atom-Minister gehört. So gesehen ist seine etwas gequälte Sorge verständlich, aber sie ist, und das ist das Tröstliche dabei, nicht die Sorge des Deutschland von morgen.

* * *

Ehrung eines verdienten Arztes

sp. Der Gründer und Vorsitzende der sozialistischen Ärzteschaft in Braunschweig, Dr. med. Heinz E s s e r, Präsident des Bundesverbandes der vertriebenen Ärzte und Zahnärzte, erhielt durch den Bundespräsidenten, auf Vorschlag der Nieders. Staatsregierung, das Verdienstkreuz am Bande des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Dr. E s s e r, der seit 8 Jahren dem Rate der Stadt Braunschweig in der SPD-Fraktion angehört, hat sich seit seiner Rückkehr aus polnischer Zwangsverschleppung besondere Verdienste um die Vertriebenen und hierunter um seine Kollegen, sowie um die Arbeits-, Kriegsgeschädigten, Rentner und Heimkehrer erworben. Innerhalb der SPD ist er bekannt durch seine sachlichen und von hohem Fachwissen durchdrungenen Vorschläge für eine echte demokratische Gesundheitspolitik im Rahmen der sozialen Sicherheit. Dr. Esser hat während der Zwangsverschleppung ein Beispiel wahren Arztstums gegeben, sich unter eigener Lebensgefahr für seine Mitgefangenen immer wieder eingesetzt und sich hierbei wiederholt vor polnische Exekutionskommandos zur erfolgreichen Verhinderung von Erschiessungen gestellt.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau